

Geschäftsbericht 2013

Bundesverwaltungsgericht



Einleitung	56
Zusammensetzung des Gerichts	57
Gerichtsorganisation	60
Kommissionen	61
Geschäftslast	62
Koordination der Rechtsprechung	65
Gerichtsverwaltung	66
Aufsicht	67
Projekte	68
Statistiken	71

Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichts 2013

St. Gallen, 28. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes
erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2013.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte
Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck
unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesverwaltungsgerichts

Der Präsident:

Markus Metz

Der Generalsekretär:

Jürg Felix

Einleitung

Das Jahr 2013 brachte das erste vollständige Betriebsjahr in St. Gallen. Der Betrieb im Gebäude funktionierte reibungslos und ohne grössere Störungen.

Das Geschäftsjahr war gekennzeichnet vom weiteren Abbau alter Verfahren, vorwiegend aus den Jahren vor 2012. Intensiviert und im Gesamtgericht diskutiert wurden die Fragen um eine Neuordnung der internen Organisation des Bundesverwaltungsgerichts.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr bei 7326 Eingängen 7533 Verfahren erledigt. Von diesen waren 2306 (31%) beim Bundesgericht anfechtbar. Tatsächlich weitergezogen wurden 370 (16%) der beschwerdefähigen Urteile. Im Berichtsjahr wurden vom Bundesgericht 73 (20%) Beschwerden ganz oder teilweise gutgeheissen.

Im Jahr 2010 wurden 8903 Verfahrenseingänge registriert – was seit dem Bestehen des Bundesverwaltungsgerichts der höchsten Zahl von Eingängen entspricht. Verglichen hierzu hat im Berichtsjahr diese Zahl um 1370 (15%) Eingänge abgenommen. Dem steht seit dem Jahr 2008 eine höhere Erledigungs- als Eingangszahl gegenüber, was zu einem kontinuierlichen Rückgang der pendenten Geschäfte sowie der durchschnittlichen Erledigungsdauer geführt hat.

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Präsident: Markus Metz
Vizepräsident: Jean-Luc Baechler

Verwaltungskommission

Präsident: Markus Metz
Vizepräsident: Jean-Luc Baechler
Mitglieder: Marianne Ryter
Walter Stöckli
Vito Valenti

Präsidentenkonferenz

Vorsitzender: Hans Urech, Präsident Abteilung II
Mitglieder: André Moser, Präsident Abteilung I
Antonio Imoberdorf, Präsident Abteilung III
Walter Lang, Präsident Abteilung IV
Muriel Beck Kadima, Präsidentin Abteilung V

Stab Leitungsorgane

Generalsekretär: Jürg Felix
Stellvertreterin: Placida Grädel-Bürki
Leiter Präsidialsekretariat: Bernhard Fasel

Abteilungen

Abteilung I

Präsident: André Moser (ab 1.4.)
Mitglieder: Christoph Bandli
Michael Beusch
Jérôme Candrian
Kathrin Dietrich (Abteilungspräsidentin bis 31.3.)
Maurizio Greppi (ab 1.1.)
Marie-Chantal May Canellas (ab 1.4.)
Markus Metz
Pascal Mollard
Claudia Pasqualetto Péquignot
Daniel Riedo
Marianne Ryter
Jürg Steiger
Salome Zimmermann

Abteilung II

Präsident:

Hans Urech

Mitglieder:

Maria Amgwerd

Pietro Angeli-Busi

David Aschmann

Jean-Luc Baechler

Stephan Breitenmoser

Francesco Brentani

Ronald Flury

Vera Marantelli-Sonanini

Claude Morvant (bis 30.4.)

Pascal Richard (ab 1.5.)

Eva Schneeberger

Frank Seethaler

Marc Steiner

Philippe Weissenberger

Abteilung III

Präsident:

Antonio Imoberdorf

Mitglieder:

Elena Avenati (bis 31.12.)

Ruth Beutler

Jenny de Coulon Scuntaro (ab 1.4.)

Jean-Daniel Dubey

Madeleine Hirsig-Vouilloz

Marie-Chantal May Canellas (bis 31.3.)

Stefan Mesmer (bis 31.12.)

Francesco Parrino (bis 31.12.)

Michael Peterli-Caruel

Franziska Schneider

Daniel Stufetti

Marianne Teuscher

Andreas Trommer

Vito Valenti

Blaise Vuille

Beat Weber

Abteilung IV

Präsident:

Walter Lang

Mitglieder:

Gérald Bovier
Daniele Cattaneo
Claudia Cotting-Schalch
Yanick Felley
Robert Galliker
Fulvio Haefeli
Gérard Scherrer
Hans Schürch
Nina Spälti Giannakitsas
Bendicht Tellenbach
Contessina Theis
Thomas Wespi
Martin Zoller

Abteilung V

Präsidentin:

Muriel Beck Kadima

Mitglieder:

Emilia Antonioni Luftensteiner
François Badoud
Sylvie Cossy (ab 1.9.)
Jenny de Coulon Scuntaro (bis 31.3.)
Gabriela Freihofer
Kurt Gysi (bis 28.2.)
Bruno Huber
Esther Karpathakis (ab 1.6.)
Markus König
Christa Luterbacher
Jean-Pierre Monnet
Regula Schenker Senn
Walter Stöckli
William Waeber (ab 1.5.)
Daniel Willisegger

Im Berichtsjahr verliessen Kurt Gysi und Claude Morvant das Gericht und traten in den Ruhestand. Per 31. Dezember traten auch Elena Avenati und Stefan Mesmer in den Ruhestand. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 20. März vier neue Mitglieder: Pascal Richard sowie William Waeber traten ihr Richteramt am 1. Mai an, Esther Karpathakis am 1. Juni und Sylvie Cossy am 1. September. In den Abteilungspräsidien gab es per 1. Januar zwei Wechsel: Walter Lang übernahm das Präsidium der Abteilung IV von Claudia Cotting-Schalch und Muriel Beck Kadima dasjenige der Abteilung V von Walter Stöckli. Beide Wechsel waren durch die Amtszeitbeschränkung be-

dingt. Zudem trat André Moser am 1. April das Präsidium der Abteilung I anstelle von Kathrin Dietrich an.

Per 1. April erfolgten zwei interne Richterwechsel: Jenny de Coulon Scuntaro wechselte von der Abteilung V in die Abteilung III und Marie-Chantal May Canellas wechselte von der Abteilung III in die Abteilung I.

Schliesslich wählte die Vereinigte Bundesversammlung Francesco Parrino per 1. Januar 2014 ans Bundesgericht.

Für die Amtsperiode 2013/2014 setzt sich das Gerichtspräsidium aus dem bisherigen Präsidenten Markus Metz und dem Richter Jean-Luc Baechler als Vizepräsidenten zusammen.

Gerichtsorganisation

Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu sieben ordentlichen Sitzungen. Im März vereidigte es vier Richterinnen und Richter, die im Berichtsjahr ihr Amt angetreten haben: Sylvie Cossy, Esther Karpathakis, Pascal Richard und William Waeber. Im Dezember wurden zudem Christoph Rohrer und David Weiss vereidigt, die ihr Richteramt 2014 antreten.

Für das Geschäftsjahr 2014 haben die Richterinnen und Richter erneut Jahresziele verabschiedet. Angestrebt wird unter anderem, dass Ende 2014 diejenigen spruchreifen Verfahren weitestgehend abgebaut sind, welche am 1. Januar 2013 am Gericht hängig waren.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt 15 (2012: 17; 2011: 16) Sitzungen, wovon drei gemeinsam mit der Präsidentenkonferenz durchgeführt wurden. In den gemeinsamen Sitzungen wurden überwiegend Fragen im Zusammenhang mit dem Projekt Gerichtsorganisation 2016 (GO 2016, vgl. Kapitel «Projekte») behandelt.

Zu Beginn des Jahres setzte sich die Verwaltungskommission Ziele für die Jahre 2013 und 2014. Im Fokus stehen dabei die Überprüfung sowie die Fällung von Grundsatzentscheiden bezüglich der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten im Verhältnis zu anderen Gremien und innerhalb der Abteilungen. Weiter wurden Ziele im Bereich des Personalmanagements formuliert.

Nebst den üblichen Verwaltungsgeschäften bildeten im Berichtsjahr die Überprüfung der Gerichtsstrukturen, die Belastung der Abteilung III und Personalmassnahmen ab 2014 das Hauptgewicht ihrer Arbeit.

Präsidentenkonferenz

Im Berichtsjahr traf sich die Präsidentenkonferenz zu acht Sitzungen sowie zu drei gemeinsamen Sitzungen mit der Verwaltungskommission. Ein Hauptthema war die Koordination der Rechtsprechung, welche gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b des Verwaltungsgerichtsgesetzes (VGG, SR 173.32) eine der zentralen Aufgaben der Präsidentenkonferenz darstellt. Sodann hat sich die Konferenz mit dem Thema der Publikation und Dokumentation von Entscheidungen auf dem Internet und in Heftform (BVGE) auseinandergesetzt. Näheres dazu findet sich unter dem Kapitel «Redaktionskommission».

Kommissionen

Kommission des Gesamtgerichts

Die in erster Linie für die Vorbereitung wichtiger Plenumsgeschäfte zuständige Kommission des Gesamtgerichts setzt sich aus Richtern aller fünf Abteilungen zusammen. Im Berichtsjahr hat sie sich schwergewichtig mit der Überarbeitung von gerichtsinternen Richtlinien befasst, welche die Vorgehensweise bei Richtervakanzen und bei Änderungen des Beschäftigungsgrads von Richterinnen und Richtern regeln. Die revidierten Richtlinien wurden im September 2013 vom Gesamtgericht genehmigt.

Im Weiteren hat sich die Kommission mit der Frage einer Abgangsentschädigung bei Nichtwiederwahl von Richterinnen und Richtern befasst. In diesem Zusammenhang wurden bestehende Regelungen auf Stufe der Kantone, des Bundesgerichts und der Bundesverwaltung zusammengetragen.

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission entscheidet auf Antrag der zuständigen Abteilungen über die Aufnahme eines Entscheids in die Entscheidsammlung des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE) und stellt sicher, dass die Entscheide koordiniert und in einheitlicher Form publiziert werden. Während des Berichtsjahres bestand die Redaktionskommission aus einer Richterin und drei Richtern, die sich durchschnittlich alle drei Wochen getroffen haben. Während des Berichtsjahres wurde das Publikationsjahr 2012 mit 3 Heften (mit 14 Entscheiden) abgeschlossen und es konnten 4 Hefte (mit 31 Entscheiden) des Publikationsjahrs 2013 publiziert werden. Insbesondere wurden die Fristen für den Publikationsvorgang verkürzt. Des Weiteren hat sich die Redaktionskommission unter anderem mit der Überarbeitung der Richtlinien für die Zitierweise und der Entwicklung eines neuen, internetbasierten Publikationsgefässes befasst. Diese Themen werden die Redaktionskommission über das Berichtsjahr hinaus begleiten.

Schlichtungsstelle

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle haben im Berichtsjahr eine eintägige Einführung in lösungsfokussierter Kurzzeit-Mediation besucht.

Die Schlichtungsstelle, welche bei Konflikten zwischen Richtern und Richterinnen vermittelt, wurde im Berichtsjahr einmal angerufen. Aufgrund des Rückzuges des Schlichtungsbegehrens wurde das Verfahren gegenstandslos.

Personalkommission

Die Personalkommission (PEKO) nimmt die Interessen der Mitarbeitenden wahr und fördert den Austausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den gerichtlichen Leitungsorganen und dem Personal. Im Berichtsjahr wirkte die PEKO bei der Ausarbeitung der neuen Weisungen betreffend die Telearbeit für das nichtrichterliche Personal mit und verfasste dabei eine Stellungnahme, die an die Entscheidungsorgane gerichtet wurde. Ferner förderte sie die Mehrsprachigkeit am Gericht durch Vermittlung von Sprachtandem-Partnerschaften. Im April führte die PEKO eine Erneuerungswahl durch, um weiterhin eine ausgewogene Vertretung in sprachlicher und fachlicher Hinsicht zu garantieren.

Beauftragte für Chancengleichheit

Die Beauftragten für Chancengleichheit wachen bezüglich der Arbeitsbedingungen am Gericht über die Verwirklichung der Chancengleichheit aller Mitglieder sowie Mitarbeitenden. Vor diesem Hintergrund haben sie im Berichtsjahr bei der Ausarbeitung der neuen Weisungen betreffend die Telearbeit für das nichtrichterliche Personal mitgewirkt. Zudem erarbeiteten sie ein Informationsblatt, das Neueintretenden am ersten Arbeitstag abgegeben wird. Dieses soll über den Auftrag der Beauftragten für Chancengleichheit orientieren und Informationen betreffend Vorgehen bei sexueller Belästigung sowie Mobbing beinhalten. Weiter haben sie der Gerichtsleitung nahegelegt, bei zukünftigen Anschaffungen von Bildern aus der Bundeskunstsammlung Künstlerinnen und Künstler sowie alle Sprachregionen gleichbedeutend zu berücksichtigen.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 71 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 4326 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 7326 neue Beschwerden ein, denen 7533 abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle sank zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember des Berichtsjahres um 207 (3%). Aufgeschlüsselt nach den fünf Abteilungen ergibt sich folgendes Bild:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abteilung I Infrastruktur, Finanzen, Personal	705	597
Abteilung II Wirtschaft, Bildung, Wettbewerb	417	429
Abteilung III Ausländer, Gesundheit, Sozialversicherungen	2093	2254
Abteilung IV Asyl	2344	2404
Abteilung V Asyl	1767	1849
Gesamthaft (Abteilungen I–V)	7326	7533

Abteilung I

Auch in diesem Berichtsjahr hielten sich die Anzahl Beschwerdeeingänge konstant. Drei Richterinnen und Richter der Abteilung wirkten zudem im Rahmen der Aushilfsmassnahmen in der Abteilung III mit.

Die Kammer 1 befasste sich insbesondere mit Infrastrukturprojekten (vor allem betreffend Nationalstrassen und Eisenbahn), Verfahren in den Bereichen der Stromversorgungsgesetzgebung und des Öffentlichkeitsgesetzes sowie mit Enteignungs-, Staatshaftungs- und Datenschutzfällen. In quantitativer Hinsicht gingen nach wie vor zahlreiche Beschwerden gegen Risikoerklärungen von Stellungspflichtigen und gegen Nichtrekrutierungsentscheide ein, ebenso im Zusammenhang mit elektrischen Hausinstallationen. Wie stark die Beschwerdelast der Kammer

aufgrund der am 1. Juli in Kraft getretenen Revision der Bundespersonalgesetzgebung – und des damit einhergehenden Wegfalls der verwaltungsinternen Beschwerdeinstanz bei Personalrechtsfällen – zunehmen wird, lässt sich zurzeit noch nicht abschliessend beurteilen.

Die Kammer 2 hat im Berichtsjahr grundlegende Urteile zum neuen Mehrwertsteuergesetz erlassen. Von gewissem öffentlichem Interesse war das Amtshilfverfahren betreffend die Credit Suisse. Die Kammer hat ausserdem Verfahren in Bereichen des Zollrechts, der Tabak-, der Alkohol-, der Stempel- und der Verrechnungssteuer sowie der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) bearbeitet. Weitere Urteile ergingen zur Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen und zur Feststellung des Veranlagungsortes für die direkte Bundessteuer.

Der Aufsichtsdelegation über die Schätzungskommissionen (ESchK), die sich stets aus Mitgliedern und Mitarbeitenden der Kammer 1 der Abteilung I zusammensetzt, gehörten im Berichtsjahr Richterin Claudia Pasqualetto Péquignot, Richter André Moser (bis April), Richter Christoph Bandli (ab Mai) und Gerichtsschreiber Bernhard Keller an. Die Geschäftslast und die Umsetzung von Urteilen zu den Kosten des Kreises 10 (Zürich) standen erneut im Zentrum der aufsichtsrechtlichen Tätigkeit der Delegation. Für zwei Kreise waren zudem Ergänzungswahlen vorzubereiten. Mit der im Februar 2013 vom Bundesrat beschlossenen Revision dreier enteignungsrechtlicher Verordnungen wurde ein wichtiges Anliegen der Aufsichtsdelegation teilweise erfüllt. Die Delegation hatte mehrfach auf den dringenden Revisionsbedarf hingewiesen und Vorschläge unterbreitet. Wie üblich, prüfte die Aufsichtsdelegation schliesslich die Jahresberichte der 13 Kreise.

Abteilung II

Auch im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit der Abteilung III fortgesetzt. In diesem Rahmen übernahm die Abteilung II 100 Dossiers (50 Fälle aus den Jahren 2010 und 2011 sowie 50 der neu eingegangenen IV-Fälle) von der Abteilung III.

Schwerpunkte der Rechtsprechung der Kammer 1 bildeten insbesondere Urteile im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (Rechtswidrigkeit eines Verfahrensabbruchs zugunsten einer Leistungserbringung inhouse ohne sachlichen Grund; Aufhebung einer Zuschlagsverfügung aufgrund von Vorbefassung des Zuschlagsempfängers), des Immaterialgüterrechts (Schutzfähigkeit der Wortmarken «Die Post», «Schweizer Fernsehen» sowie einer Positionsmarke; Freihaltebedürfnis von International Nonproprietary Names der Weltgesundheitsorganisation für die Bezeichnung zukünftiger Arzneimittel; Änderungen des Pflichtenhefts «Raclette du Valais AOC») sowie im Bereich des Preisüberwachers. Nachdem Anfang Jahr in einem Urteil des Bundesgerichts Grundsatzfragen im Zusammenhang mit dem Kartellsanktionsverfahren geklärt wurden, nahm das Bundesverwaltungsgericht die entsprechenden sistierten Verfahren wieder auf.

Schwerpunkte der Rechtsprechung der Kammer 2 bildeten unter anderem Urteile im Bereich der Finanzmarktaufsicht. In einem Urteil im Zusammenhang mit einem Bankenkonzurs wurden diverse verfahrensspezifische Fragen geklärt (Gläubigereigenschaft, Qualifikation der Abtretung von Rechtsansprüchen als Verwertungshandlung und Rolle der FINMA im Rahmen der Konkursliquidation). Sodann wurde das Akteneinsichtsrecht einer Versicherungsgesellschaft in einem aufsichtsrechtlichen Verfahren betreffend Entlassung ihres Rückversicherers aus der Versicherungsaufsicht geprüft.

Zu weiteren interessanten Urteilen kam es im Bereich der Amtshilfe (fehlende Beschwerdelegitimation des wirtschaftlich Berechtigten eines Kontos, der eine solche aus dem Begriff des «unbeteiligten Dritten» herzuleiten versucht), der Ausbildung (Vergabe der Erasmus-Universitätscharta) und des Handelsregisters (Genehmigungsfähigkeit einer Statutenänderung zwecks Einführung von «Beteiligungsscheinen» in einer Genossenschaft).

Abteilung III

Zum Jahresende hin verliessen eine Richterin sowie zwei Richter die Abteilung (Demissionen, Wahl ans Bundesgericht). Zwei dieser vakanten Stellen wurden bereits wiederbesetzt. Die Abteilung konnte den ihr obliegenden Teil des Gerichtsziels 1 (Erledigung älterer Verfahren) erreichen.

Auf die besondere Lage im Bereich der Spitalfinanzierung infolge einer Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) wurde bereits im letztjährigen Geschäftsbericht hingewiesen. Auch in diesem Jahr war eine starke Zunahme der Beschwerdeverfahren in dieser Materie zu verzeichnen (151). Die in diesem Zusammenhang eingesetzte Task Force hat die ersten Leiturteile bereits gefällt. Gegen Jahresende hin gingen überdies 102 Verfahren gegen Verfügungen in Sachen hochspezialisierte Medizin (HSM) ein. Trotz der hohen Anzahl an Neueingängen konnte die Kammer 1 die pendenten Fälle um 5% senken. Dies unter anderem auch dank der Mithilfe von Richterinnen und Richtern aus übrigen Abteilungen. Zudem wurden der Kammer 1 im Laufe des Berichtsjahres vier zusätzliche Gerichtsschreiberstellen zur Verfügung gestellt, deren eine noch im Oktober besetzt werden konnte.

In der Kammer 2 reduzierte sich die Anzahl neu eingegangener Beschwerden gegenüber dem Vorjahr (74 Verfahren). Im Resultat konnte die Kammer 2 ihre Pendenzen um 95 Verfahren senken. In der zweiten Jahreshälfte nahmen hingegen die Beschwerdeverfahren in französischer Sprache augenfällig zu, was zur Ungleichbelastung führte und zu besonderen Ausgleichsmassnahmen anhielt. Überdies band ein sehr aufwendiges Verfahren in französischer Sprache, in welchem es um Subventionsstreitigkeiten zwischen dem Bund und einem Kanton geht, während geraumer Zeit die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Bei den Einreiseverboten (410 Verfahren) hatte sich die Kammer mit den im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes übernommenen Rechtsakten und den mit der Inbetriebnahme des SIS II erfolgten Rechtsänderungen einerseits sowie mit den Ansprüchen aus dem FZA andererseits zu befassen. Im Bereich Aufenthalt (226 Verfahren) kam den Verfahren betreffend

Bewilligungsverlängerung nach Auflösung der Familiengemeinschaft vorrangige Bedeutung zu. Zudem war der äusserst dynamischen Entwicklung der EMRK-Rechtsprechung Rechnung zu tragen. Beim Bürgerrecht (62 Verfahren) stand die Missbrauchsbekämpfung (Nichtigkeitsverfahren) im Vordergrund, gefolgt von den Anforderungen an die Integration sowie staatschutzrechtliche Aspekte (ordentliche Einbürgerung). Zahlenmässig stehen die Visaverfahren an dritter Stelle (204 Verfahren). In zwei ersten Urteilen galt es, über eine Ausreisebeschränkung (Hooliganismus) zu befinden. Die Kammer 2 hat zur Bewältigung ihrer Geschäftslast mit mehreren Richterinnen und Richtern aus den Abteilungen IV und V auf das Jahresende 2013 eine befristete Zusammenarbeit vereinbart.

Abteilungen IV und V

Seit 1. Januar präsidieren Walter Lang und Muriel Beck Kadima die Asylabteilungen. In der Richterschaft der Abteilung V kam es zu mehreren personellen Wechseln (vgl. Kapitel «Zusammensetzung des Gerichts»).

Das vorrangige Jahresziel der prioritären Erledigung aller älteren Verfahren wurde erreicht. So wurden insgesamt 99% der bis zum 31. Dezember 2011 anhängig gemachten Beschwerden abgebaut. Darüber hinaus konnten bis Ende Berichtsjahr 96% der im Jahr 2012 anhängig gemachten Fälle erledigt und damit die durchschnittliche Dauer der Verfahren massgeblich verkürzt werden. Im Übrigen konnten die Pendenzen im Berichtsjahr nicht im erwarteten Umfang reduziert werden. Dies liegt zum einen im Anstieg der Beschwerdeeingänge um 10% begründet und zum anderen in der mehrmonatigen Vakanz von mehreren Richterstellen in der Abteilung V. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Wechsel von Richter Angeli-Busi von der Abteilung IV in die Abteilung II im September 2012. Sodann beteiligten sich die Asylabteilungen an den Entlastungsmassnahmen zugunsten der Abteilung III durch Erstellung des Urteilsentwurfs und Vorsitz im Spruchgremium in 38 Fällen.

Die Richterinnen und Richter der Abteilungen IV und V kamen zur Koordination der Rechtsprechung im Sinne der Einheitlichkeit und der Rechtsfortbildung zu acht gemeinsamen Sitzungen zusammen. Die weitere Koordination

erfolgte über die elektronische Konsultationsplattform. Beantwortet wurde unter anderem die Frage der intertemporalen Anwendbarkeit von Art. 3 Abs. 3 AsylG, welcher im Rahmen der dringlichen Änderung des Asylgesetzes neu eingefügt wurde. Mehrere Entscheide behandelten sodann Zuständigkeits- und Auslegungsfragen im sogenannten Dublin-Verfahren; koordiniert wurde in diesem Zusammenhang zudem die Frage der Überstellung von Asylsuchenden nach Ungarn. Weitere Entscheide enthalten ausführliche Lageanalysen mit dem Schwergewicht auf der Sicherheitslage in gewissen Herkunftsländern. Zudem wurde auf der Ebene des Gesamtgerichts die grundsätzliche Frage der Auslegung der Revisionsbestimmung Art. 123 Abs. 2 Bst. a des Bundesgerichtsgesetzes koordiniert. Die Umsetzung des Beschlusses erfolgte im Rahmen eines Entscheids der Abteilungen.

Im Fokus der Weiterbildung stand die interne Schulung aller Mitarbeitenden im Hinblick auf die umfangreiche Revision der asylgesetzlichen Bestimmungen, welche ab dem 1. Februar 2014 zur Anwendung gelangen. Die Entwicklungen im Dublin-Verfahren sowie die revidierte Dublin-II-Verordnung, deren Übernahme und Umsetzung durch die Schweiz derzeit erfolgt, war ebenfalls Ausbildungsgegenstand. Schliesslich wurde auch eine Veranstaltung zur Frage der Glaubhaftmachung im Asylbereich intern organisiert.

Ein Austausch mit dem Bundesamt für Migration erfolgte im Rahmen zweier sogenannter technischer Sitzungen im Mai und im Oktober. Das jährliche Treffen mit dem Schweizerischen Büro des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) fand im Juli statt.

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde vom Parlament, vom Bundesrat und von der Bundesverwaltung zu 15 Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen sowie je einmal zu einer Anhörung und einer parlamentarischen Initiative. Zu vier Vorlagen gab das Gericht Stellungnahmen ab:

(1) Zum erläuternden Bericht über die Verwaltungsanpassungen zur Umsetzung der dringlichen Änderung des Asylgesetzes vom 28. September 2012 (Vorlage 3),

(2) zur Änderung des Asylgesetzes: Neustrukturierung des Asylbereichs (Vorlage 2),

(3) zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität (ZSSG) sowie zum Bundesbeschluss zur Genehmigung der europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Erlangung von Beweisen und Auskünften in Verwaltungssachen im Ausland sowie

(4) zur Änderung des Nachrichtendienstgesetzes (NDG).

Koordination der Rechtsprechung

Art. 25 VGG betrifft den Begriff des Präjudizes und der Praxisänderung: Eine Abteilung kann eine Rechtsfrage nur dann abweichend von einer früheren Entscheidung einer oder mehrerer anderer Abteilungen entscheiden, wenn die Vereinigung der betroffenen Abteilungen zustimmt (Abs. 1). Hat eine Abteilung eine Rechtsfrage zu entscheiden, die mehrere Abteilungen betrifft, so holt sie die Zustimmung der Vereinigung aller betroffenen Abteilungen ein, sofern sie dies für die Rechtsfortbildung oder die Einheit der Rechtsprechung für angezeigt hält (Abs. 2).

Dieses abteilungsübergreifende Koordinationsverfahren hat das Bundesverwaltungsgericht in einer Richtlinie über die Koordination der Rechtsprechung geregelt. Seit Beginn der Geschäftsaufnahme des Gerichts im Jahr 2007 wurden sieben Koordinationsverfahren nach dieser Richtlinie in Verbindung mit Art. 25 VGG durchgeführt (betr. Koordinationsverfahren zwischen den Abteilungen IV und V vgl. vorheriges Kapitel). Im Berichtsjahr wurden drei Koordinationsverfahren eingeleitet. Alle drei Verfahren wurden beendet, ohne dass es zu einem inhaltlichen Koordinationsbeschluss gekommen wäre. Entweder wurde die Betroffenheit einer Abteilung von der aufgeworfenen Rechtsfrage oder es wurde der Koordinationsbedarf verneint. Ein Grund für die tiefe Zahl an Koordinationsverfahren dürfte auch in der Schwerfälligkeit des Verfahrens liegen. Die Präsidentenkonferenz hat im Berichtsjahr eine grundlegend überarbeitete neue Richtlinie beraten und verabschiedet. Das Koordinationsverfahren soll vereinfacht und beschleunigt werden mit dem Ziel, die abteilungsübergreifende Koordination zu stärken.

Gerichtsverwaltung

Betriebsoptimierung

Die Auswertung der Erfahrungen der ersten sechs Monate nach dem Bezug des Standorts in St. Gallen führte zu einer Optimierung der Infrastruktur und Anpassung der Abläufe. Unter anderem wurden die Bedürfnisse der abteilungsspezifischen Bibliotheken baulich umgesetzt. Im halböffentlichen Bereich sind der Einbau eines lokalen Funknetzes (WLAN), womit den Kommunikationsbedürfnissen von Besuchern besser Rechnung getragen werden kann, und die Bestückung ausgewählter Räume mit Werken aus der Kunstsammlung des Bundes hervorzuheben. Im Weiteren wurden die für den Betrieb und Unterhalt benötigten Geräte, die vor dem Bezug des neuen Gebäudes zurückhaltend beschafft worden waren, in Kenntnis der effektiven Bedürfnisse vervollständigt.

Die neuen Örtlichkeiten erforderten auch eine Überprüfung und Anpassung der Notfallorganisation. Zusätzlich hatten die umzugsbedingten hohen Fluktuationsraten in den Jahren 2011 und 2012 zur Folge, dass auch das Personal für Notfallsituationen in grösserem Umfang geschult werden musste. An einer Evakuierungsübung unter Beobachtung von Mitarbeitenden des Bundessicherheitsdienstes sowie der Stadtpolizei St. Gallen stellten die Sicherheitsbeauftragten die Qualität des in Nothilfe- und Brandschutzkursen erworbenen Wissens und das reibungslose Zusammenspiel der neuen Abläufe unter Beweis. Die Vorbereitungsarbeiten und die Durchführung der Evakuierung verliefen professionell und erfolgreich.

Die Dienstleistungen der hausinternen Gastronomie werden durch einen externen Vertragspartner bereitgestellt. Im Berichtsjahr fand eine Überprüfung dieser Zusammenarbeit in verschiedener Hinsicht statt. So führte z.B. eine interne Umfrage zur Zufriedenheit mit dem Dienstleistungsangebot zu einer Anpassung des Angebots. Zudem konnten erste Auswertungen betreffend die Nutzungsintensität vorgenommen werden. Die vorliegenden Informationen ermöglichen eine Prüfung der langfristigen finanziellen Tragbarkeit.

Seit dem 1. Januar 2012 stellt die Gerichtsverwaltung des Bundesverwaltungsgerichts seine Dienstleistungen auch dem Bundespatentgericht zur Verfügung. Im Berichtsjahr wur-

de die Dienstleistungsvereinbarung mit dem Bundespatentgericht überprüft und punktuell angepasst. Das Bundesverwaltungsgericht verrechnet seine dem Bundespatentgericht zur Verfügung gestellten Leistungen zu Selbstkosten.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 396 Personen tätig: 72 Richterinnen und Richter (65,00 Stellen), 208 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (177,35 Stellen), 43 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (37,70 Stellen) und 73 juristische, wissenschaftliche und administrative Mitarbeitende im Generalsekretariat (64,60 Stellen).

68,4% aller am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 24,8% französischer, 6,1% italienischer und 0,7% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres 56,1%; bei den Richterinnen und Richtern 33,3%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 55,3%, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 100% und im Generalsekretariat 54,8%. In Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 50 und 90% arbeiteten 48,6% der Richterinnen und Richter sowie 48,8% des nichtrichterlichen Personals. 50 Austritten standen 53 Neueintritte gegenüber. Die Fluktuationsrate betrug 12,8%; bei den Richterinnen und Richtern 2,8%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 13,6% und beim übrigen Personal 17,5%.

Um den Bedarf an wirtschaftlichem Fachwissen in der Rechtsprechung zu decken, wurden im Herbst 2012 im Bereich Wissenschaftliche Dienste des Generalsekretariats zwei bis vorerst Ende 2015 befristete Stellen geschaffen. Die Evaluation im Berichtsjahr hat ein durchwegs positives Resultat ergeben. Der Einsatz der zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen mit den Fachrichtungen VWL/Wettbewerbsökonomie und BWL/Wirtschaftsprüfung wurde als wertvoll beurteilt. Die organisatorische Eingliederung hat sich bewährt.

Nach erfolgreichem Abschluss des Umzugs nach St. Gallen wurde die Ausbildung von Lernenden am Bundesverwaltungsgericht initialisiert. Nebst vielen konzeptionellen, reglementarischen und planerischen Arbeiten konnte auch der erste Lehrvertrag per Sommer 2014 abgeschlossen werden.

Finanzen

Den Erträgen von 4 579 454 Franken stehen Aufwendungen von 73 014 138 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 6,3%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Minderertrag von 313 855 Franken oder 6,4% zu verzeichnen, welcher auf die tiefer ausgefallenen Gebühren zurückzuführen ist. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1 249 634 Franken oder 1,7% gesunken. Während der Personalaufwand um 494 564 Franken zugenommen hat, ist der Sach- und Betriebsaufwand um 1 565 099 Franken zurückgegangen. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 350 250 Franken enthalten. Es wurden keine Investitionen getätigt. Die Abschreibungen betrugen 184 142 Franken, davon entfallen wie im Vorjahr 171 144 Franken auf die Software-Lizenzkosten für das Geschäftskontrollsystem.

Im Rahmen der Umsetzung der E-Government-Strategie Bund wurde im Berichtsjahr als erster Schritt die elektronische Erfassung, Kontierung und Genehmigung der Kreditorenrechnungen (E-Billing In) realisiert. Dieses Vorgehen ersetzt die bisherige manuelle Verarbeitung und Genehmigung der Papierrechnungen.

Öffentlichkeitsarbeit

Es ist ein Anliegen des Bundesverwaltungsgerichts, die Öffentlichkeit aktiv, offen und transparent über seine Tätigkeit zu informieren. Entsprechend erteilt seine Medienstelle interessierten Medienvertretern Auskünfte und setzt die akkreditierten Journalistinnen und Journalisten rechtzeitig und umfassend über die Gerichtsurteile in Kenntnis. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf jenen Verfahren, die auf breites mediales Echo stossen. Im Berichtsjahr galt dies beispielsweise für die Sperrung und Einziehung der Duvalier-Vermögen in der Schweiz, für den Schutz der Angaben «Absinthe», «Fée verte» und «La Bleue» sowie für die Veröffentlichung von TV-Nutzungsdaten. Bedeutendes öffentliches Interesse erfuhren auch die Themen hochspezialisierte Medizin, Medikamentenpreise, Spitaltarife und Asyl, bei denen zahlreiche Medienanfragen beantwortet wurden.

Aufsicht

Bundesgericht

An der Aufsichtssitzung vom 10. April in Luzern wurden der Geschäftsbericht 2012, die Rechnung 2012, der Voranschlag 2014 sowie die jährlichen Statistiken besprochen. In der nachfolgenden gemeinsamen Sitzung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts, des Bundesstrafgerichts und des Bundespatentgerichts wurden verschiedene parlamentarische Geschäfte diskutiert. Ebenfalls wurde geprüft, ob weitere gerichtssinterne Geschäftsfelder mit Handlungsbedarf anzugehen seien.

An der Sitzung vom 30. Oktober in St. Gallen ging es unter anderem um die Geschäftslast, das Projekt «Gerichtsorganisation 2016» und die Auswirkungen der revidierten Bundespersonalgesetzgebung auf das Arbeitsverhältnis der Richterschaft sowie der Mitarbeitenden.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht drei Aufsichtsanzeigen ein.

Bundesversammlung

Das Bundesverwaltungsgericht traf sich am 1. Februar mit der Subkommission der Gerichtskommission und behandelte die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von französischsprachigen Richterinnen und Richtern. Dabei wurden mit dem Gerichtspräsidenten Lösungsansätze für das Bundesverwaltungsgericht diskutiert.

Anlässlich einer Aussprache vom 25. Februar des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesamtes für Migration mit der Subkommission der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats wurde die «vorläufige Aufnahme» von abgewiesenen Asylbewerbern thematisiert.

Gegenstand der Sitzung vom 18. April mit den Subkommissionen Gerichte/Bundesanwaltschaft der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte waren der Geschäftsbericht 2012, die Anzahl der Gerichtsschreibenden sowie die Gerichtsorganisation.

Mit den Finanzkommissionen des National- sowie des Ständerats wurden am 24. April die Rechnung 2012 und die Räumlichkeiten des Bundesverwaltungs- sowie des Bundespatentgerichts in St. Gallen besprochen.

Am 4. Oktober fand eine Sitzung mit den Subkommissionen der parlamentarischen Finanzkommissionen sowie einer Delegation der Subkommissionen Gerichte/Bundesanwaltschaft der Geschäftsprüfungskommissionen des National- und Ständerats statt zum Voranschlag 2014 und zum Finanzplan 2015 bis 2017.

Zusammenarbeit

Das Bundesstrafgericht, das Bundespatentgericht und das Bundesverwaltungsgericht stehen in regelmässigem Kontakt. Unter anderem fand anlässlich der jährlich stattfindenden Treffen der Verwaltungskommissionen (bzw. der Geschäftsleitung) ein Gedankenaustausch zu verschiedenen Themen statt, die für alle drei Gerichte von Interesse sind.

Projekte

Projekt St. Gallen

Das «Projekt St. Gallen» fand mit dem Ende des Jahres 2013 seinen Abschluss. Im Hinblick auf den Umzug wurden befristete Personalmassnahmen eingeleitet, insbesondere die erweiterte Telearbeit und die teilweise Anerkennung von Reisezeit als Arbeitszeit, die mit dem Abschluss des Projekts hinfällig wurden.

Richterportfolio

Ziel dieses Projekts ist es, ein Einführungsprogramm für die neuen Richterinnen und Richter zu erarbeiten. Hierfür hat die Verwaltungskommission Ende Juni den Projektplan einer externen Firma verabschiedet und den Projektausschuss mit der Ausführung beauftragt. Dieser Plan sieht zwei Teilprojekte vor: Im ersten wurde bis Ende Jahr der Bildungsbedarf analysiert und eine genaue Konzeption des Einführungsprogramms erstellt. Die Verwaltungskommission hat im Dezember die Detailplanung für die Realisierung verabschiedet. Im zweiten Teilprojekt sollen anschliessend die Inhalte der Einführung entwickelt und das Programm umgesetzt werden.

Elektronischer Rechtsverkehr

Die Entwicklungen im Bereich des elektronischen Rechtsverkehrs werden mit Interesse verfolgt, damit am Gericht komplette und umfassende Lösungen nutzenbringend eingeführt werden können. Im Berichtsjahr wurden hierfür in den einzelnen Betriebseinheiten Vorarbeiten geleistet, die bis zum Jahresende noch nicht abgeschlossen waren.

Gerichtsorganisation 2016 (GO 2016)

Ende 2012 hat das Gesamtgericht das Ziel formuliert, die Leitungsstruktur des Gerichts zu überprüfen und bis Ende 2016 etwaige Änderungen vorzunehmen. Dieses Grossprojekt soll in drei aufeinanderfolgenden Etappen durchgeführt werden: Zuerst sollen die Kompetenzen der Führungsorgane des BVGer geprüft und geklärt werden. Anschliessend sollen die erforderlichen organisatorischen Anpassungen definiert werden. Schliesslich sollen die Folgen für die Strukturen des Gerichts analysiert und Anpassungen vorgenommen werden.

Im März und im Juni 2013 hat das Gesamtgericht den Änderungsbedarf und die wichtigen zu prüfenden Themen analysiert. Dabei wurden Aspekte erörtert, die direkt die Führungsstruktur betreffen, wie z.B. die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter sowie die Kompetenzen, die Verantwortung und die Aufgaben der Leitungsorgane. Die vorgängig formulierten Teilziele 2013 wurden nicht gänzlich erreicht, obwohl bei der Entwicklung des Prozesses wichtige Arbeit geleistet wurde.

Eine Arbeitsgruppe konsolidierte die Ergebnisse der ersten Analyse in einem Projektantrag. Die Verwaltungskommission bestätigte dieses Vorgehen und erteilte einer Projektgruppe den Auftrag, die organisatorische Entwicklung mithilfe eines externen Beraters fortzusetzen.

Bhutan

Auf Ersuchen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) unterstützt das Bundesverwaltungsgericht die Entwicklungsarbeiten des DEZA für den Ausbau einer rechtsstaatlich unabhängigen Gerichtsbarkeit in Bhutan. Zu diesem Zweck wurden im Berichtsjahr zwei Workshops durch eine kleine Delegation in Bhutan durchgeführt. Vier Delegationen von Richtern des High Courts und der District Courts aus Bhutan besuchten das Bundesverwaltungsgericht jeweils für eine Woche.

Art und Zahl der Geschäfte

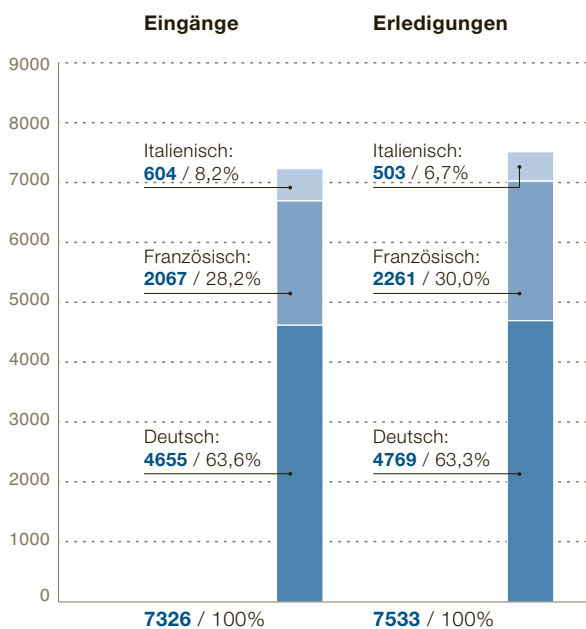
Geschäfte

	Eingang 2012	Erledigung 2012	Übertrag von 2012	Eingang 2013	Erledigung 2013	Übertrag auf 2014
Beschwerden	6429	7279	4276	7045	7241	4080
Klagen	2	2	5	1	2	4
Andere Rechtsmittel	43	44	5	115	110	10
Revisionsgesuche usw.	279	287	40	165	180	25
Total	6753	7612	4326	7326	7533	4119

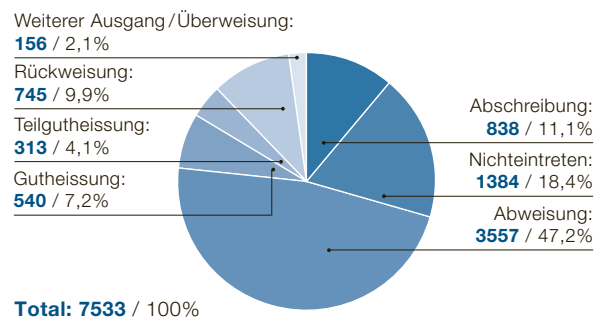
Verfahrensausgang

Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilgutheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
820	1301	3487	525	313	730	26	39
-	1	-	1	-	-	-	-
2	3	7	5	-	12	25	56
16	79	63	9	-	3	2	8
838	1384	3557	540	313	745	53	103

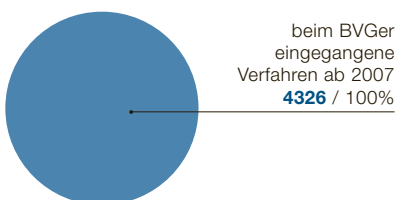
Streitsachen nach Sprachen 2013



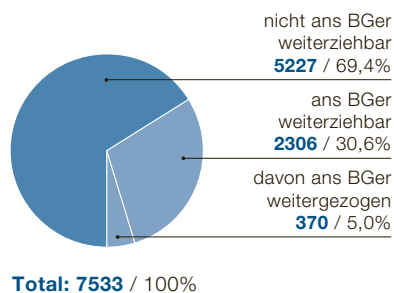
Art der Erledigung 2013



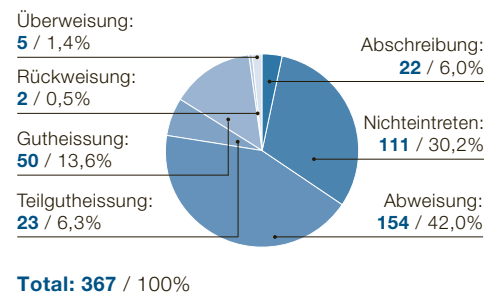
Übertrag von 2012



Erledigung 2013

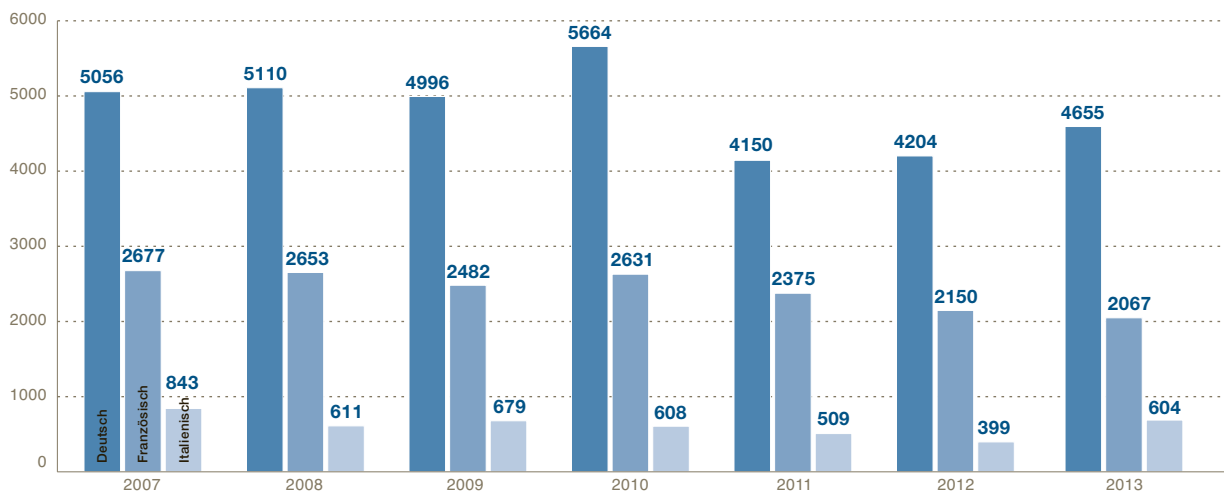


Erledigung der weitergezogenen Verfahren

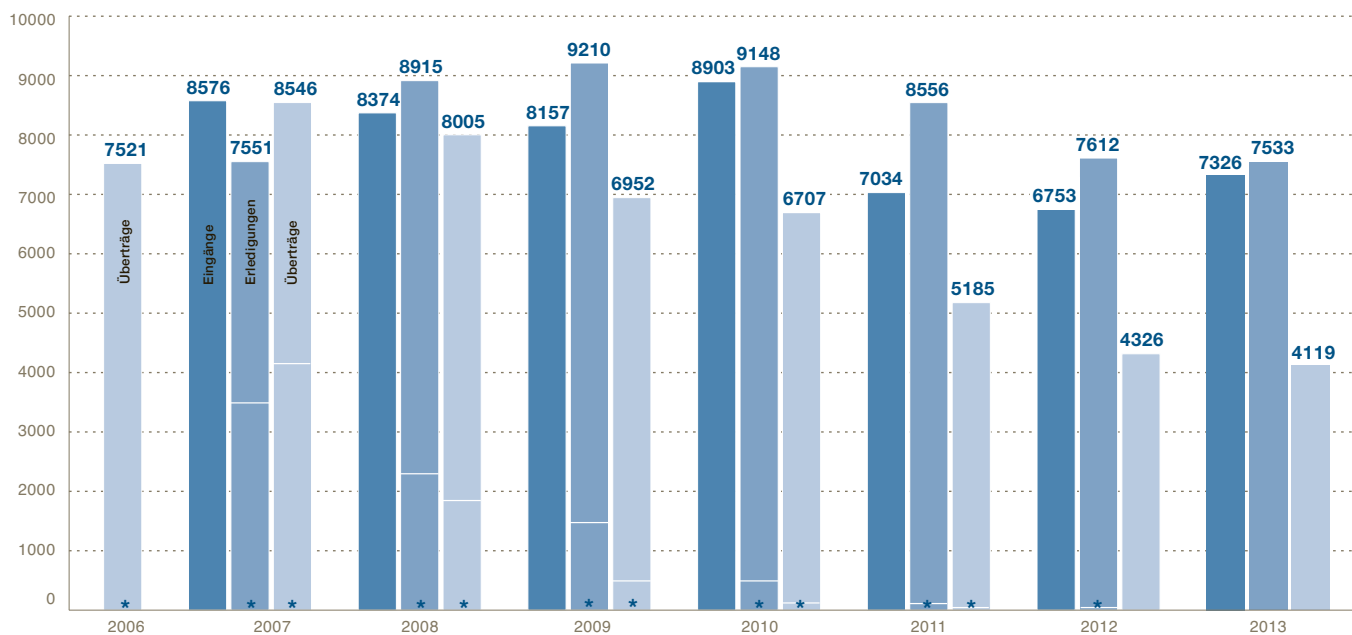


Art und Zahl der Geschäfte

Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



Eingänge, Erledigungen, Überträge¹

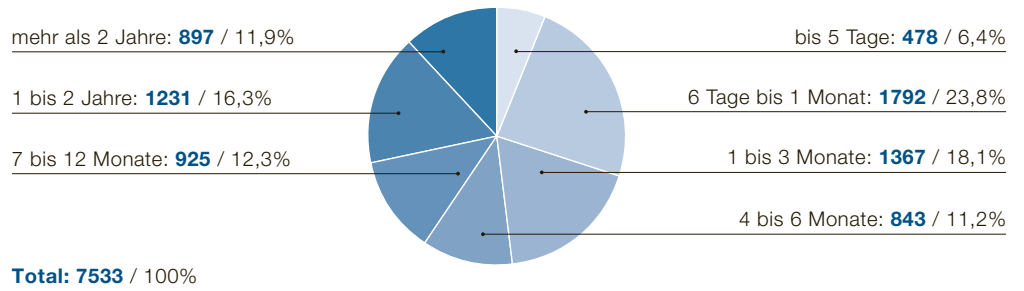


¹ Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2012 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen usw.).

* von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren

Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2013
Beschwerden	395	1684	1308	824	913	1225	892	7241
Klagen	1	–	–	–	–	–	1	2
Andere Rechtsmittel	56	39	9	1	3	2	–	110
Revisionsgesuche usw.	26	69	50	18	9	4	4	180
Total	478	1792	1367	843	925	1231	897	7533

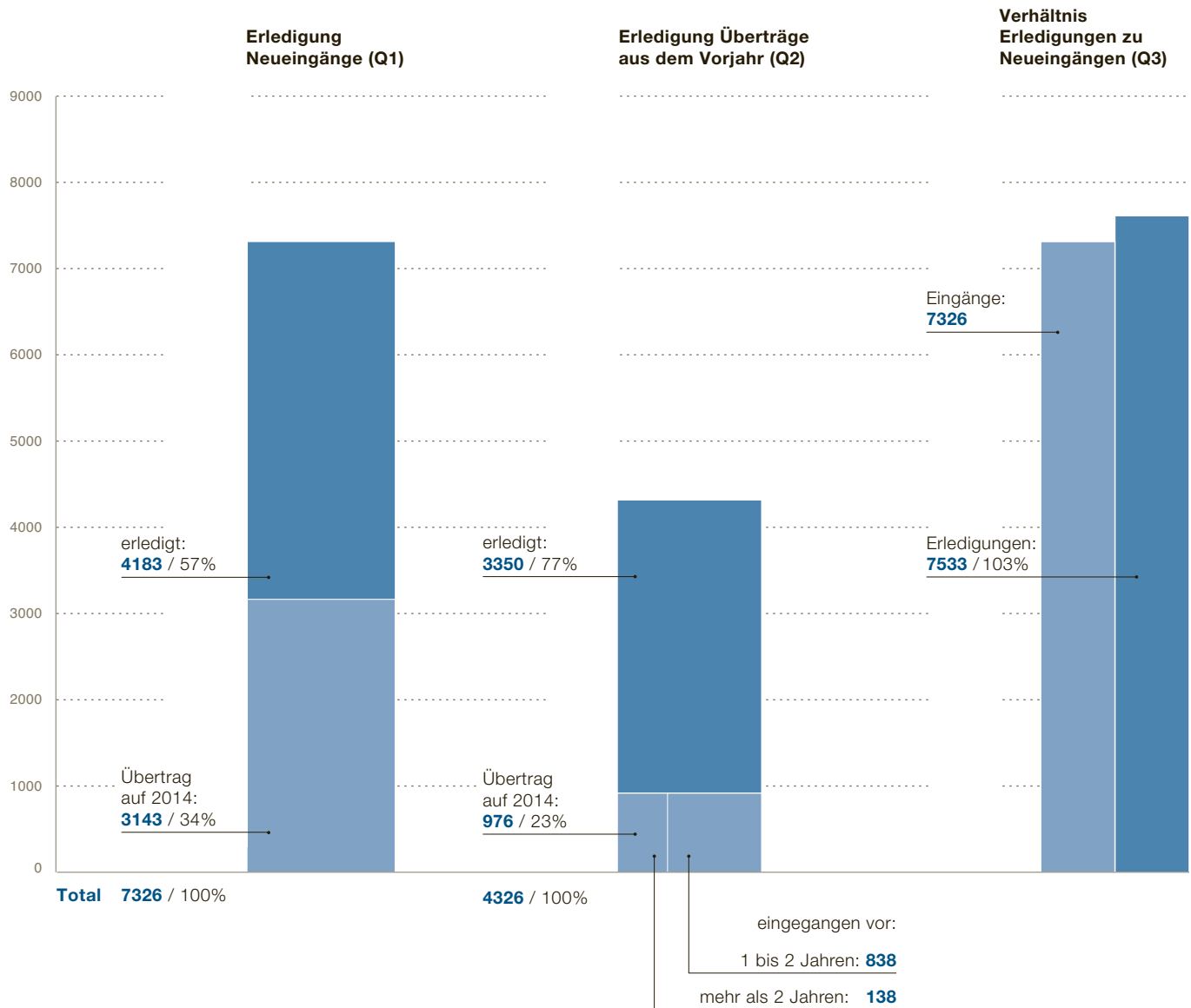


Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	267	2314	252	2245
Klagen	439	876	1182	1492
Andere Rechtsmittel	23	456	106	254
Rückweisungen Bundesgericht	93	1449	184	889
Gesamtdurchschnitt	260		252	

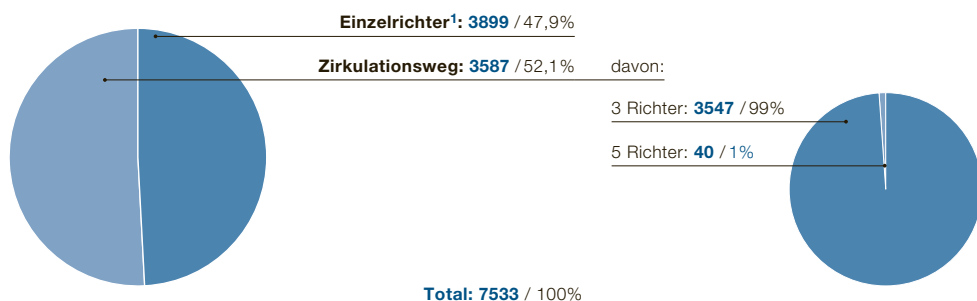
Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)			Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)			Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)	
	Neueingang 2013	davon Erledigung 2013	davon Übertrag auf 2014	Übernommene Geschäfte von 2012	davon Erledigung 2013	davon Übertrag auf 2014	Neueingang 2013	Erledigung 2013
Abteilung I	705	292 (41%)	413 (59%)	411	305 (74%)	106 (26%)	705	597 (85%)
Abteilung II	417	164 (39%)	253 (61%)	396	265 (67%)	131 (33%)	417	429 (103%)
Abteilung III	2093	714 (34%)	1379 (66%)	2112	1540 (73%)	572 (27%)	2093	2254 (108%)
Abteilung IV	2344	1803 (77%)	541 (23%)	650	601 (92%)	49 (8%)	2345	2404 (103%)
Abteilung V	1767	1210 (69%)	557 (31%)	757	639 (84%)	118 (16%)	1766	1849 (105%)
Total	7326	4183 (57%)	3143 (43%)	4326	3350 (77%)	976 (23%)	7326	7533 (103%)



Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidungsfindung)

	Einzelrichter	Zirkulationsweg ²			Sitzungen ³		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	3737	3420	38	3458	35	11	46
Klagen	1	–	1	1	–	–	–
Andere Rechtsmittel	66	43	1	44	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	95	84	–	84	–	1	1
Total	<u>3899¹</u>	<u>3547</u>	<u>40</u>	<u>3587</u>	<u>35</u>	<u>12</u>	<u>47</u>



¹ Darin enthalten sind 1735 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

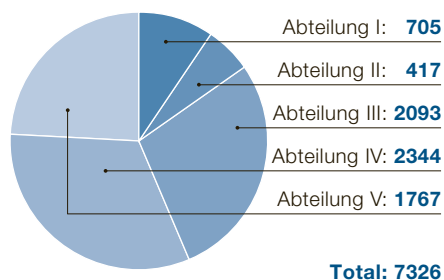
² Inklusive nicht öffentliche Urteilsberatungen

³ Nur öffentliche Urteilsberatungen

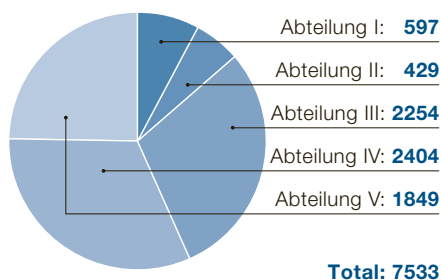
Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2012	Eingang 2013	Erledigung 2013	Übertrag auf 2014
Abteilung I				
Beschwerden	410	685	581	514
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	1	15	12	4
Revisionsgesuche usw.	–	5	4	1
Total	411	705	597	519
Abteilung II				
Beschwerden	392	406	420	378
Klagen	4	–	–	4
Andere Rechtsmittel	–	9	7	2
Revisionsgesuche usw.	–	2	2	–
Total	396	417	429	384
Abteilung III				
Beschwerden	2108	2069	2231	1946
Klagen	1	1	2	–
Andere Rechtsmittel	1	14	13	2
Revisionsgesuche usw.	2	9	8	3
Total	2112	2093	2254	1951
Abteilung IV				
Beschwerden	629	2241	2291	579
Andere Rechtsmittel	–	22	21	1
Revisionsgesuche usw.	21	81	92	10
Total	650	2344	2404	590
Abteilung V				
Beschwerden	737	1644	1718	663
Andere Rechtsmittel	3	55	57	1
Revisionsgesuche usw.	17	68	74	11
Total	757	1767	1849	675
Gesamttotal	4326	7326	7533	4119

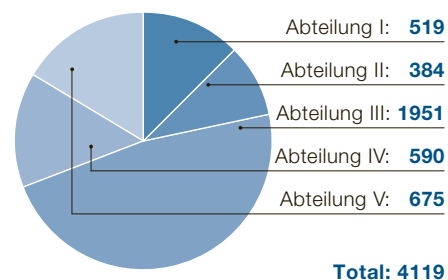
Eingang 2013



Erledigung 2013



Übertrag auf 2014



Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich) ¹

	Eingang					Erledigung				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
Abteilung I										
Beschwerden	490	944	620	570	685	793	818	811	637	581
Klagen	1	–	–	1	–	4	–	1	1	–
Andere Rechtsmittel	8	10	8	6	15	15	8	4	11	12
Revisionsgesuche usw.	–	1	5	1	5	–	–	5	2	4
Total	499	955	633	578	705	812	826	821	651	597
Abteilung II										
Beschwerden	411	379	523	462	406	373	380	587	439	420
Klagen	7	2	–	1	–	3	1	1	1	–
Andere Rechtsmittel	3	12	1	2	9	1	13	2	2	7
Revisionsgesuche usw.	3	–	2	1	2	3	–	2	1	2
Total	424	393	526	466	417	380	394	592	443	429
Abteilung III										
Beschwerden	2513	2343	2069	1951	2069	2807	2542	2251	1982	2231
Klagen	–	–	1	–	1	–	–	–	–	2
Andere Rechtsmittel	6	9	2	4	14	9	10	3	3	13
Revisionsgesuche usw.	11	7	13	5	9	9	7	12	8	8
Total	2530	2359	2085	1960	2093	2825	2559	2266	1993	2254
Abteilung IV										
Beschwerden	2558	2748	1899	1890	2241	2864	2901	2420	2289	2291
Andere Rechtsmittel	43	67	9	7	22	41	67	11	7	21
Revisionsgesuche usw.	103	121	141	163	81	110	125	151	154	92
Total	2704	2936	2049	2060	2344	3015	3093	2582	2450	2404
Abteilung V										
Beschwerden	1873	2111	1619	1556	1644	2056	2124	2160	1932	1718
Andere Rechtsmittel	34	56	5	24	55	33	57	6	21	57
Revisionsgesuche usw.	93	93	117	109	68	89	95	129	122	74
Total	2000	2260	1741	1689	1767	2178	2276	2295	2075	1849
Gesamttotal	8157	8903	7034	6753	7326	9210	9148	8556	7612	7533

¹ Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2012 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen usw.).

Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
Staat – Volk – Behörden						
140.00 Bürgerrecht	61	-	1	-	-	62
141.00 Ausländerrecht	869	-	11	2	-	882
142.10 Asylverfahren	3922	-	74	164	-	4160
142.50 Asyl Verschiedenes	68	-	1	-	-	69
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	4	-	-	-	-	4
144.00 Ausweisschriften	34	-	-	-	-	34
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	27	-	-	-	-	27
170.00 Staatshaftung (Bund)	10	-	-	-	-	10
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	50	-	5	5	-	60
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	20	-	-	-	-	20
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	60	-	-	-	-	60
195.00 Amts- und Rechtshilfe	29	-	-	-	-	29
Total Staat – Volk – Behörden	5154	-	92	171	-	5417

Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung

210.10 Stiftungsaufsicht	3	-	-	-	-	3
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
221.10 Revisionsaufsicht	7	-	-	-	-	7
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	1	-	-	-	-	1
232.10 Urheberrecht	4	-	-	-	-	4
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	78	-	-	1	-	79
232.50 Erfindungspatente	1	-	1	-	-	2
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	12	-	-	-	-	12
251.00 Kartelle	11	-	-	-	-	11
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	117	-	1	1	-	119

Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug

312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	-	-	-	-	-	-

Schule – Wissenschaft – Kultur

410.00 Schule	50	-	-	1	-	51
420.00 Wissenschaft und Forschung	11	-	-	-	-	11
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	4	-	-	-	-	4
450.00 Natur- und Heimatschutz	1	-	3	-	-	4
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	66	-	3	1	-	70

Landesverteidigung

500.00 Landesverteidigung	18	-	-	-	-	18
---------------------------	----	---	---	---	---	----

Finanzen

610.00 Subventionen	8	-	-	-	-	8
630.00 Zölle	36	-	1	-	-	37
641.00 Stempelabgaben	3	-	-	-	-	3
641.99 Indirekte Steuern	114	-	3	1	-	118
643.00 Mehrwertsteuer	99	-	2	1	-	102
650.00 Schwerverkehrsabgabe	8	-	1	-	-	9
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	7	-	-	-	-	7
650.99 Direkte Steuern	4	-	-	-	-	4
654.00 Verrechnungssteuer	6	-	1	-	-	7
655.00 Internationales Steuerrecht	1	-	-	-	-	1
699.00 Finanzen (Übriges)	1	-	-	-	-	1
Total Finanzen	173	-	5	1	-	179

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr						
711.00 Enteignung	22	-	1	-	-	23
725.00 Nationalstrassen	11	-	-	-	-	11
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	25	-	-	-	-	25
730.20 Elektrische Anlagen	60	-	1	-	-	61
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	3	-	-	-	-	3
742.00 Eisenbahnen	28	-	-	-	-	28
748.10 Luftfahrtanlagen	3	-	-	-	-	3
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	17	-	-	-	-	17
749.00 Übrige Anlagen	8	-	-	-	-	8
783.00 Post, Fernmeldewesen	42	-	-	-	-	42
785.00 Radio und Fernsehen	19	-	-	-	-	19
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	2	-	-	-	-	2
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	240	-	2	-	-	242
Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit						
810.10 Medizin und Menschenwürde	1	-	-	-	-	1
810.20 Medizinalberufe	12	-	-	-	-	12
810.30 Heilmittel	34	-	1	-	-	35
810.40 Chemikalien	10	-	-	-	-	10
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	7	-	-	-	-	7
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	5	-	-	-	-	5
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	4	-	-	-	-	4
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	35	-	-	-	-	35
830.00 Sozialversicherung	1269	1	4	6	-	1280
830.10 Sozialversicherung AT	3	-	-	-	-	3
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	246	-	-	1	-	247
830.40 Invalidenversicherung (IV)	649	-	4	3	-	656
830.50 Krankenversicherung	71	-	-	1	-	72
830.60 Unfallversicherung	16	-	-	-	-	16
830.70 Berufliche Vorsorge	268	1	-	1	-	270
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	5	-	-	-	-	5
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	11	-	-	-	-	11
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	1	-	-	-	-	1
850.00 Fürsorge	17	-	-	-	-	17
Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit	1395	1	5	6	-	1407
Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit						
910.00 Landwirtschaft	25	-	-	-	-	25
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	4	-	-	-	-	4
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	4	-	-	-	-	4
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	38	-	-	-	-	38
950.20 Finanzmarktaufsicht	24	-	-	-	-	24
990.99 Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit (Übriges)	-	-	-	-	-	-
Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit	67	-	-	-	-	67
999.00 Übriges	11	1	2	-	-	14
Gesamttotal	7241	2	110	180	-	7533

Vergleichstabelle: Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)

	Bundesgericht	Bundes- strafgericht	Bundes- verwaltungsgericht	Bundes- patentgericht
Anzahl Richter/innen	38,00	15,50	65,00	3,35
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	127,00	18,90	177,35	1,80
Anzahl übrige Mitarbeitende	146,60	23,75	102,30	1,30

Geschäftslast

Bestand am Anfang des Jahres	2469	264	4327	26
Anzahl Eingänge	7919	726	7326	34
Anzahl Erledigungen	7878	739	7533	23
Bestand am Ende des Jahres	2510	251	4119	37
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	132	-	260	-
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	6	2	139	-
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2013 eingegangenen Fällen	69%	66%	57%	29%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2013 erledigten Fälle	97%	99%	77%	50%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	99%	102%	103%	68%

Finanzen

Erfolgsrechnung

Ertrag	14 073 312	1 241 782	4 579 455	566 176 ¹
Aufwand	91 019 306	12 918 650	73 014 138	1 687 424
Personalaufwand	76 379 861	10 570 150	62 261 258	1 451 577
Sach- und übriger Betriebsaufwand	14 191 360	2 253 991	10 568 738	235 847
Einlage in Rückstellungen	-	85 000	-	-
Abschreibung Verwaltungsvermögen	448 085	9509	184 142	-

Investitionsrechnung

Einnahmen	-	-	-	-
Ausgaben	557 725	-	-	-
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	557 725	-	-	-

Verhältnis zwischen

Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	15,37%	9,61%	6,27%	33,55% ¹
---	--------	-------	-------	---------------------

Besonderes

Unentgeltliche Rechtspflege	755 030	21 200	85 908	-
Informatik-Sachaufwand	2 003 429	468 244	2 706 343	94 265
Raummiete	6 707 180	681 560	4 087 980	48 700

¹ Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 1 121 248)

Herausgeber: Bundesgericht

Av. du Tribunal fédéral 29
CH-1000 Lausanne 14
Telefon 021 318 91 11
direktion**@**bger.ch
www.bger.ch

Schweizerhofquai 6
CH-6004 Luzern
Telefon 041 419 35 55

Bundesstrafgericht

Postfach 2720
CH-6501 Bellinzona
Telefon 091 822 62 62
info**@**bstger.ch
www.bstger.ch

Bundesverwaltungsgericht

Postfach
CH-9023 St. Gallen
Telefon 058 705 26 26
info**@**bvger.admin.ch
www.bvger.ch

Bundespatentgericht

Postfach
CH-9023 St. Gallen
Telefon 058 705 21 10
info**@**bpatger.ch
www.bpatger.ch

Gestaltung und Satz: Jeanmaire & Michel AG; www.agentur.ch

Diese Publikation ist auch in Französisch und Italienisch erhältlich;
sie ist mit einer ausgefüllten Klebeadresse gratis zu beziehen über die Kurzanschrift
Bundesgericht, CH-1000 Lausanne 14, oder via [kanzlei**@**bger.ch](mailto:kanzlei@bger.ch) zu bestellen.

ISSN 1663-1331
Form 104.611.d